

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: "Alder der Woche" Landmanns Sonntagsblatt, etc. durch die Post Mk. 2.40 ohne Befragend, durch Post Mk. 2.— frei Haus monatl. Erhöhtet wöchentlich nachmittags. Einzelnumm. 10 Pfg. Sonnabende 20 Pfg. Geschäftsstelle: Däckerstr. 4 (Hauptstraße) und Gottschedstr. 38. — Im Falle öfterer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Vorfahrung oder Wiedererlangung.



Anzeigenpreis: für den 8 gepalteten Millimeterraum 10 Pfg., im Restteile (8 gepalteten) 40 Pfg., für Schrift und Radverweisungen 30 Pfg. Aufschlag Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenfrist 10 Uhr vormittags. Für unbenutzte Aufhebungen wird keine Gewähr geleistet. — Postfachkonto Leipzig 16854. Schriftführer 100/101

Nr. 8

Montag den 11. Januar 1926

166. Jahrgang

Die Entscheidung des Reichspräsidenten.

Endgültige Antwort der Parteien gefordert.

Am Sonnabend hatte Dr. Luther mit dem Reichspräsidenten über eine Stunde lang eine Unterredung. Auf Grund dieser Unterredung hat der Reichspräsident seine Entscheidung dahin getroffen, daß er nun zunächst die bevorstehenden Beschlüsse des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten abwartet, ehe er eine bestimmte Persönlichkeit mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Deshalb hat der Reichspräsident für Montag die Abgeordneten Koch und Lehmann nach sich gebeten. Er wird sie heranzufordern, unumkehrbar in bestimmter Zeit endgültige Beschlüsse für die große Koalition in Frage kommenden Parteien herbeizuführen, und ihnen mitzuteilen, daß er eine längere hinausgezögerte der Regierungsbildung aus Gründen des Staatsoberhaupts nicht für rätlich erachtet.

In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die Führer des Zentrums und der Demokraten die Sozialdemokratie um eine endgültige Antwort bitten werden. Da der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokratie bereits feststeht und nach den bekannt gewordenen Umschlagungen eine Veränderung nicht zu erwarten sein dürfte, wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Reichspräsident dann spätestens am Mittwochabend oder Donnerstag früh eine Persönlichkeit mit der Kabinetsbildung beauftragt, die voraussichtlich Dr. Luther sein wird.

Die entscheidende Sitzung der Zentrumspartei.

Der Reichsparteivorstand und die Fraktionsvorstände der Zentrumspartei des Reichstages und des Landtages beschäftigten sich in ihrer Sitzung am Sonntag, die sich von 11 Uhr vormittags bis nach 8 Uhr abends hingog, mit der politischen Lage. In der neunten Abendstunde wurde folgendes offizielle Kommuniqué ausgegeben:

Am 10. Januar tagten im Reichstagsgebäude der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei und die Vorstände der Zentrumsfractions des Reichstages und des Preussischen Landtages. In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, sind die ungetreue, von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not weitaus Volkstschichten einen erschütternden Anblick. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breiterer Grundlage berufen sein kann, das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung könnte sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zivilisierten, friedlichen Aufbaupolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung. Der Zusammenbruch der Wirtschaft und der Eindringung der sozialen Notstände. Inverantwortlich wäre es und für eine Verfassungs-partei unerträglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage noch eine Staatskrise heranzuführen zu lassen. Sie würde zur völligen Verurteilung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitermassen führen. Die Versammlung erwartet daher von der Zentrumspartei des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel anbietet, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Regierungswillige Sozialdemokraten.

In Kassel fand eine Konferenz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion des Reichstages statt, auf der Abgeordneter Scheidemann über die Regierungsbildung sprach. Seinem Referat folgte eine längere Aussprache, nach der mit 139 gegen eine Stimme beschlossen wurde, auf die Reichstagsfraktion dahin zu wirken, daß der Eintritt in die Große Koalition möglich sein werden muß, wenn die Deutsche Volkspartei bezüglich der Föderation und der sozialen Politik Zustimmung macht.

Rettung vor dem Parteienwelen.

Eine Kundgebung nationaler Männer.

Unter deutsches Volk steht in verwickelter Not — in einem Zustand, der entweder rasch durch eine gewaltige Willensanstrengung überwinden werden muß oder mit dem Untergang endet.

Diese Not in einzelnen zu schildern, ist angesichts der Weisheit nicht mehr erforderlich. Jeder kennt sie — jeder büßt sie an eigenen Leide und sieht dem vollkommenen Zusammenbruch bang entgegen.

Ungepolitisch hat sich unser Volk gezeigt, indem die Regierenden seit Verfallens eine freiwillige Unterwerfung der anderen haben lassen — zuletzt durch die sogenannten Locarno-Verträge.

Was unser Volk jetzt zu leiden hat, ist mißsam dem Schlimmeren, das vor ihm liegt, selbstverhätend — ist ein Ausfluß des Massenwahns.

Unsere einst so stolze und starke Wirtschaft ist maxizimalen Regierungsverstößen erlegen; die vordem unangefochtenen Nachstellungen des Vaterlandes ist in schändliche Missetatigkeit gewandelt — in der Hauptsache durch die Schuld der Massenparteien.

Wir sind knechte geworden und sollen es nach dem Willen der Feinde bleiben. Wir werden es bleiben, wenn die Urheber solchen Unheils weiterhin die Geschicke des Volkes lenken dürfen.

Wir sind arm, bettelarm geworden und werden verhungern, wenn wir den heutigen öffentlichen Zustand weiter ertragen. Der herrschende Parlamentarismus, das Parteienwelen muß den deutschen Untergang betreiben, wenn ihm nicht ein Ende bereitet wird.

Um dies zu erreichen, ist der Zusammenschluß aller Decker geboten, die gleicher Erkenntnis sind — einerlei, zu welcher vaterländischen Gruppe sie gehören. Aus der letzten Not des Vaterlandes muß die Notgemeinschaft dieser entziehen, denen das Volk über der Partei, denen das Ganze über der Gruppe steht.

Es gilt der Selbstverleugung Einhalt zu gebieten durch den Zusammenschluß der Erkennenden, zur Selbstsucht Verleiten. Es gilt durch ihn in letzter Stunde die Untert zu erzipingen.

So erklären wir, die wir den verschiedensten Gruppen und Parteien angehören, um den Anfang solchen Zusammenschlusses zu machen und um durch die Tat zu beweisen, daß

auch auf deutschem Boden Männer leben, die dem Gesamtwohl ihre Eigenbeirungen unterordnen, aus zu gemeinsamen Kampf für die Rettung unseres Volkes entschlossen.

Wer gleichen Willens ist, wolle an seiner Stelle im gleichen Sinn! Heil dem deutschen Volk!

C. v. Arnim, Schloß Kriebitz bei Waldborn (Sa.); W. Bacmeister, Zeitungsbefleger, Berlin-Jesendorf; Dr. Wang, Oberfinanzrat, Berlin; Professor Hermann Bauer, München; Kommerzienrat Oswald Bayer, Augsburg; von Blom, Gen. d. R., Berlin; Dr. v. Biedenweg, Bernburg; Dr. v. Glag, Richter, Berlin; Alfred Dietz, Fabrikbes., Spm. d. R., Weichenburg; v. Demmes, Generalmajor, Potsdam; Duesterberg, Oberstleutnant, Halle a. S.; E. Falkenhagen, Vornhof-Vornhagen bei Giechendorf; v. Feldmann, Oberstleutnant a. D., Hannover; Dr. Hüb. Franke, Prof. a. d. Techn. Hochschule, Berlin; Theodor Fritsch, Leipzig; R. Fehr, v. Göttingen; Gen. d. R., Bamberg; Got., Direktor, M. d. R., Altona; von Goldacker, M. d. R., Oberstadt bei Mühlentledt; Wih. Henning, Major a. D., M. d. R., Berlin-Lichterfelde; H. Henningsen, M. d. R., Bamberg; Richter v. Kerth; v. K., Mittelstr., Berlin; Fritz Koch, Baumgeschäftsleiter, Berlin-Lichterfelde; Hildebrand, Major a. D., Rittergutsbes., Wuppertal; Kaas, Präsident, Mittl. Geh. Rat, Berlin-Wilmersdorf; Graf Kielmannsegg, Seesermühle (Sachsen); Kirdorf, Geheimrat, Streifen bei Mühlheim-R.; W. Klawitter, Handelsmannsmitglied, Danzig; C. Krieger, Rittergutsbes., Rittergutsbes. a. D., Thosell; Dr. Ing. M. Klop., Prof. a. d. Techn. Hochschule, Potsdam; Krafft v. Dellmeulen, Gen. d. Art., Unteroffizier; v. Gernb., Arambel, Kommerzienrat, Wollmerhausen; Kretsch, Regierungsrat, Berlin; San-Mat Kretschmann; v. Kretschmann, Verlagsbuchhändler, München; Dr. Gern., Univ.-Prof., M. d. R., Erlangen; Dr. med. A. Lienau, Hamburg; Dr. Lehmann Landgerichtsdirektor, M. d. R., Wankeneje; v. Mäh!, Gen. d. Inf. a. D., Münden; Alfred Müller, Direktor, Berlin; Dr. Morlan, Geh. San.-Rat., Offen-Nabr; Mühlberg, Komml., Dresden; Dr. Arthur Müller, Rechtsanwalt, Münden; v. Georg M., Wieland, Münden; v. Efer, Prinz von Preußen, Potsdam; Dr. W. D. Freher, M. d. R., Univ.-Prof., Königsberg; v. Jürgen v. Namin, Mittelmeister a. D., M. d. R., Wankeneje; Dr. Ing. Joh. Reineder, Geh. Kommerzienrat, Chemnitz; Ernst Graf zu Rechenstein, M. d. R., Potsdam; W. Rodtzy, Generaldirektor, Weidenau; Karl Roth, Verlagsbuchhändler, Jorch; Otto Rühl, v. Sam-Ordnung, Schloß Barlaar; Dr. Dietrich Schäfer, Geheimrat, Univ.-Prof., Berlin; Wilhelm Schmidt, M. d. R., Berlin; Dr. Schneider, M. d. R., Erfurt; v. Schroeder, Admiral, Berlin; Palenke; v. Schulze, Generalleutnant a. D., Bad Alb-

ling; S. D. Siebeling, Wankeneje; Professor Dr. Solger, Berlin; Dr. Stadler, Berlin; Steinfeld, Rittergutsbes., Tonnin; Franz Stöhr, M. d. R., Berlin; Ziegler; v. Truenette, Doest a. D., Berlin; Baron v. Vietinghoff-Scheel, Berlin; Theod. Weigert, Verlagsbuchhändler, Weipzig; Dr. jur. M. Wendhausen, Rittergutsbes., Spodenberg; Prof. Dr. F. Wemer, M. d. R. und d. S. L., Gießen; Dr. Ing. e. h. Wiber, M. d. R., Stuttgart; Dr. Wiegand, Gorbach; Johannes Wolf, M. d. R., Stuttgart; Dr. Max Wundt, Univ.-Prof., Jena.

Zuschreibern sind zu richten an Dr. jur. Alexander Graf Brodtkorf, Berlin-Lantow, Kaiser Wilhelmstraße 135, pt.

Bergeltung für die Bergemaligung Südtirols.

Ein Aufruf der Vereinten Vaterländischen Verbände. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände erlassen folgenden Aufruf: „Die unerbittlichen Unterdrückungen unserer deutschen Südtiroler im bergemaligten Südtirol durch die im Arzte stets begleiteten Italiener, die ihren Landraub nicht eigener Kraft bedürftig setzen, daß von dem vielgeprüften Geist des Friedens nicht das geringste zu verspüren ist. Auch der Väterbund und Gernt nicht daran, gegenüber dem mahlohen Vorgehen der Italiener sich der Angehörigen von ihm sichergestellt Rechte der Mitbestimmen ungenügend. Wir Deutschen aber in die ich folgen beabsichtigen, daß wir trotz aller Schmach Mittel in der Hand haben, das Schicksal unserer Volksgenossen zu beeinflussen, wenn wir einig sind. Italien lebt zum großen Teil vom Fremdenverkehr, besonders dem deutschen. Wir rufen daher unseren Volksgenossen zu: Reiß nicht nach Italien, außer nach dem uns entzifferten Südtirol! Kauf keine italienischen Waren!“

Wer das tut, verhängt sich an unsern Volkstum. Hier handelt es sich nicht um Partei- und Anhänglichkeiten, sondern um eine Angelegenheit aller Deutschen im Reich.“

Italienischer Terror.

Bozen, 10. Jan. In der Gemeinde Montau erschienen sieben Carabinieri und Milizsoldaten, um privatim deutschen Unterricht nachzuprüfen. Zwei Lehrerinnen wurden vor das Amt geladen. Der Unterrichts-Dr. Brandt befragt die Einzelnen des Unterrichts. Er drohte den Lehrerinnen im Wiederholungsfall mit Deportation und sagte hinzu, er werde nichts sehen und nichts hören, falls sie von jemandem verprügelt werden würden.

Die Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen.

Warschau, 10. Jan. Es war vorauszuhaben, daß das polnische Agrarreformgesetz vor allem eine Landnahme bieten sollte, um den Grundbesitz der Minderheiten zu treffen. Diese Annahme wird wohl bestätigt durch die erste Verordnung des polnischen Ministers über die diesen Jahre vorzunehmenden Agrarreparierungen. In den Westmarken werden fast ausschließlich deutsche Grundbesitzer von diesen Maßnahmen betroffen. In den letzten zwei Monaten sind von Polener Liquidationsausfällen wieder einige Hundert deutscher Eigentumsobjekte zur Liquidation bestimmt worden. Neben dieser Art Enteignung sind einige Teile von deutschen Grundbesitzern von habsburgischen Grundbesitzern in den Grenzbezirken Westpolens der Enteignung ausgesetzt und muß fallen, bezugnehmend auf die Anträge an Agrarreparierungen, vor allem in der Zuckerindustrie.

Aus dem Regen in die Traufe.

Weshalb die Engländer mehr Quartiere anfordern müssen. Die englische Besatzungsbehörde gibt unterm 10. Januar amtlich folgendes bekannt: Die gelangten englischen Besatzungstruppen im besetzten Gebiet zählen 9000 Mann, die nach dem Willen von Köln in und bei Wiesbaden auf verhältnismäßig kleine Räume untergebracht werden sollen. Entgegen dem früher hier angedeuteten Franzosen zählen die englischen Truppen beinahe mehr Vertreter und Familien, die alle untergebracht werden müssen. Dazu sind mehr Wohnungen erforderlich, als die Franzosen benötigten. Deshalb ließen sich in Königsfelden, Langenscheidt, Wiesbaden und umh. Dörfern nicht.

Es mußten bereits öffentliche Gebäude, die seither besatzungsfrei waren, beschlagnahmt werden. Minderzahlen können vorerst nicht eintreten. Alle Wünsche der Stadterwartungen und persönliche Vorstellungen in Koblenz haben keinerlei Erfolg. Dagegen will die englische Besatzungsbehörde verlangen, im Frühjahr gegebenenfalls die Gelände der Truppen zu übernehmen, und zwar in erster Linie in Kurorten.“ Die englischen Besatzungsbehörden haben vor kurzem, wie wir bereits meldeten, sämtliche freien Wohnungen in Bingen beschlagnahmt. Jetzt sind bei der Stadtverwaltung abermals neue Wohnungsverordnungen eingegangen. Es handelt sich um sieben Offiziers- und 23 Unteroffizierswohnungen. Wann die neue Besatzung eintrifft, steht noch nicht fest.

Die Parteien decken ihre Postenjäger.

Politische Rundschau

Wie wir schon berichteten, beauftragte sich der Auswärtige Ausschuss des Reichstags am Sonntag mit der Sekretariatsfrage des Völkerverbundes.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärte auf die Frage der Mitwirkung an der Belegung der etwa Deutschland zugewiesenen Stellen im Völkerverbund eingehen zu wollen. Im besonderen sollte er seine Aufgabe darin auf, seine Stellung zu den Fragen auseinanderzusetzen, die durch Vorkläuferungen bekannt geworden sind. Dazu führte der Minister etwa aus:

Am 22. Dezember ist ein ausführliches Telegramm eingelaufen, in dem davon gesprochen wird, die maßgebende Stelle des Völkerverbundes habe unserem Generalkonkordat in offizieller Form mitgeteilt, sie habe Kenntnis davon erhalten, daß

verschiedene deutsche Parteien deutsche Kandidatenlisten für die Stellenbelegung im Sekretariat aufgestellt hätten, und daß sie darüber stark beunruhigt sei. Der Generalkonkordat hat sich dann auf meine Erklärung vom 31. Dezember 1925 bezogen, die die maßgebende Stelle des Völkerverbundes mit Besichtigung im Kenntnis genommen hat. Persönlich habe ich die maßgebende Stelle des Völkerverbundes nicht kennen gelernt, als ich in Berlin mit Herrn Staatssekretär v. Schubert und mir eingehende Besprechungen hatte. Ich bemerke ausdrücklich, daß irgendein Beamter des Auswärtigen Amtes irgendwelche persönliche Politik in dieser Frage nicht getrieben hat. Entsprechend war das Telegramm vom 22. Dezember. Wenn eine solche Vorschlagsliste des Generalkonkordats an unseren Generalkonkordat kommt, und ihm mitgeteilt wird, daß dadurch Beunruhigung bei ihnen entsteht, wenn unter Generalkonkordat, wie erwähnt, die Kenntnis solcher Listen vereinigt, dann sollte man doch wohl

mit Angriffen gegen den Generalkonkordat anführen.

Welche Vorkläufer die Reichsregierung ihrerseits machen wird, steht dahin. Bis hier liegen derartige Vorkläufer noch nicht dem Auswärtigen Amt vor. Wenn es sich aber überhand nehmen sollte, so würde ich mich dem Auswärtigen Amt überhand nehmen für wenige Stellen in Frage. Deshalb haben wir auch keine Vorkläufer irgendwelcher Art ausgearbeitet. Der Vorwurf, daß der Bericht beim Generalkonkordat Schmidtman in Genf besetzt sei, ist durchaus unrichtig. Mir ist jedenfalls nichts darüber bekannt geworden.

Schließlich kommt der ganze Streit auf die prinzipielle Erwägung hinaus: sollen die Sekretariatsstellen nur mit beamteten Persönlichkeiten oder Persönlichkeiten, die von herablich dem Völkerverbund kommen, besetzt werden? Ich halte es für den Standpunkt, daß die Persönlichkeiten, die im Völkerverbund arbeiten, sehr starke Kenntnisse auf dem Spezialgebiet haben müssen, für das sie bestimmt sind, daß sie eine gewisse Vorkläuferpraxis und politisches savoir vivre erlangen müssen.

Die Ausprüche.

Abg. Stämpfer (Soz.) nennt es eine verblüffende Behauptung, daß die Sozialdemokratie sich um Stellen im Völkerverbund bemüht habe. Daran sei kein wahres Wort.

Abg. Marx (Ztr.) Die Unruhe in Genf ist erst durch die Veröffentlichung der Reichspreise entstanden. Die

Dinge liegen doch so, daß gewisse Richtungen mit allen Mitteln versuchen, die republikanischen Parteien von einflussreichen Stellen unbeding fern zu halten. Das scheint mir mehr Stellenjägeri zu sein, als unsere berechtigten Ansprüche.

Ich leugne nicht, daß ich auf Anfragen von Genf Namen von Persönlichkeiten genannt habe, die auf dem Boden der jetzigen Staatsform stehen.

Ich bin nun persönlich, aber mein Schreiben nach Genf hat nur persönliche, ich erinnere aber daran, daß ich schon bei den Regierungsverhandlungen das Zentrum meinen **Auspruch auf größere Verlässlichkeit in den Aemtern** angemeldet hat.

Abg. Hoegsch (Anall.) Soweit die Nachricht die Sozialdemokratie betrifft, ist sie zweifellos uncorrect. Man kann aber von uns nicht verlangen, daß man den Brief von Marx als einen Privatbrief betrachte. Wir Deutschenationalisten hätten auf seinen Brief überhaupt nicht geantwortet. Es handelt sich um einen Staatsfall, an dem die Sozialdemokratie nicht schuldig ist, an dem aber das Zentrum und Herr Marx schuldig sind.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann: Am 25. Dezember lagen doch schon die Erklärungen der Parteien vor. Das Schreiben des Herrn Marx ist mir am 10. Dezember zugegangen. Ueber 200 Personen, die Marx genannt hatte, haben sich beim Minister Bureau erkundigt.

In der Abstimmung

wurden folgende Anträge angenommen:

1. Ein Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten, der mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen wurde. Der Antrag lautet: **Die Sozialdemokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei oder die Sozialdemokratische Partei führende Parteimitglieder hätten auf das Völkerverbundssekretariat mittelbar oder unmittelbar einzuwirken verüht, damit Angehörige der Partei zu Mitgliedern des Sekretariats auszuwählen, sich in die tatsächliche Unterlage, Gegenfraktionen und Mitglieder des Reichstags aus einem Teile der Presse der Vorwurf erhoben worden, sie hätten beim Völkerverbundssekretariat Schritte unternommen, die gegen die Würde Deutschlands verstoßen. Infolgedessen, auf die sich der Vorwurf stützt, liegen nicht vor. Die gegen das Zentrum gerichtete Behauptung gleichen Inhalts gründet sich ausschließlich auf die Tatsache, daß der Abgeordnete Marx eine — nicht vom Völkerverbundssekretariat, sondern von privater Seite — an ihn ergangenen Frage nach geeigneten deutschen Persönlichkeiten für das Sekretariat nach persönlichen Ermesseln beantwortet und von diesem Vorgange das Auswärtige Amt alsbald verständigt hat.**

2. Ein Antrag des Abg. Dr. Scholz (D. Vpt.) folgenden Inhalts: **Der Auswärtige Ausschuss stellt fest, daß seine Arbeit in der Angelegenheit über den Völkerverbund unrichtig und aus denen sich der Vorwurf ergibt eines insofern korrekten Verhaltens gegen den Generalkonkordat Schmidtman oder eines anderen Beamten des Auswärtigen Amtes herleitet läßt.**

Dieser Antrag wurde mit allen gegen die drei Stimmen der Kommunisten angenommen.

Darauf verlegte sich der Ausschuß.

Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten.

Paris, 11. Jan. „Reit Parteien“ veröffentlicht eine Unterredung mit Graf Bethlen, in der dieser erklärte, die Angelegenheit habe keinen politischen Hintergrund. Es sei nur die Wahrung einer gefährlichen Neutralität, die zum großen Schaden der ungarischen öffentlichen Umstände der letzten Jahre zurückzuführen sei. Auf die Frage, ob die Erzherzog Albrecht zugeschriebenen Aufschübe auf Wahrheit beruhen, erklärte Graf Bethlen, der Plan existiere nur in der Einschüpfung einiger Journalisten. Auf den Hinweis, daß die Wiener Presse von einer bevorstehenden Auseinandersetzung des Erzherzogs Albrecht spreche, habe Graf Bethlen nur geantwortet und erklärt, wenn irgendjemand dem Lande gefährlich sei, so müsse man ihn nicht ausweisen, sondern ihn verhaften. Ein Ministerpräsident erklärte, daß die Gefahr eines schließlichen Zusammenstoßes zwischen Graf Bethlen und Forch in der Bantnotenangelegenheit bestehe, habe Bethlen erklärt, daß zwischen ihm und Forch stets volles Einverständnis und gegenseitige Achtung bestanden. Im übrigen habe er, daß sich dieser Sachverhalt zwischen Forch und Ungarn kein Verständnis erzeuge, denn die französische Regierung müsse angeben, daß die ungarische Regierung ihre Schuldigkeit bis zum äussersten tue.

Die Hege gegen Forch und Bethlen.

Budapest, 11. Jan. Die Sozialdemokraten fordern in einer Kundgebung an das ungarische Volk den sofortigen Eintritt des Reichsverwesers Forch. Die Demokraten fordern die Auflösung der Nationalversammlung, den Rücktritt der Regierung und die Ernennung eines Beamtenkabinetts, das beauftragt werden soll, um angelegliche Organisationen sofort aufzulösen.

An der auf den 19. Januar einberufenen Sitzung der Nationalversammlung dürfte es ebenfalls stürmische Szenen geben, da die Opposition fest entschlossen ist, die Liste derjenigen Mitschuldigen, deren Verhaftung von den französischen Kriminalbeamten gefordert worden ist, zur Verlesung zu bringen. Die Franzosen schicken nach die vor auf der Verhaftung sämtlicher Schuldigen und haben gefordert bei der Statthalternschaft die Einfuhrnahme in das gesamte Armenarium gefordert, um feststellen zu können, ob tatsächlich alle gebotenen Maßnahmen getroffen worden sind. Die Ungarn und die Nationalopposition, bezogen eine scharfe Stellungnahme gegen den Reichsverweser Forch vor.

Nachkänge zu Carols Kronverfall.

Budapest, 10. Jan. Professor Jorga, der Freund und Erzfeind des Kronprinzen Carol, ist nach Paris abgereist. Vor seiner Abreise hielt er eine große politische Rede über die Nationalpartei, in der er erklärte, die Liberalen hätten sich mit dem Beisein zu tragen, ihre Verantwortlichkeit der gemeinsamen Verantwortung weiterzuführen oder durch charakterlose Mittläufer aus anderen Lagern zu verlagern. Aber er reise in der nächsten Überzeugung, daß eine starke politische Armee, geleitet von guten Führern, zur Wiederherstellung der liberalen Demokratie in Ungarn notwendig sei. Die Nationalpartei, die schon ein viel härteres Joch ertragen habe, aus das jegliche Joch der Korruption der Reaktion und der Trägheit zerbrechen werde. An den jüngsten Ereignissen trage die liberale Regierung mit Bruttanun der Spitze die Hauptlast.

Reichspräsident v. Hindenburg empfangt heute im Laufe des Vormittags den bulgarischen Gesandten Zoloff, der ihm das Beglaubigungsschreiben überreicht.

Zu dem am 25. Januar in Berlin stattfindenden deutsch-bulgarischen Wirtschaftsverhandlungen wird die politische Delegation nicht über den Berlin kommen. Die politischen Interessen werden vom dem polnischen Handelsattaché in Berlin vertreten werden.

Der Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist nunmehr auf den 14. Januar festgesetzt. Die Verhandlung wird auf eine technische Ursache zurückgeführt.

Nach einer Haas-Meldung aus Köln hat die englische Rheinflotte gestern Köln verlassen, um sich über Frankreich nach England zu begeben.

Der französische Sozialistengesang hat heute Abend über die Frage der Regierungsbeteiligung abstimmen.

Nikolai Nikolajewitsch ist in Paris ernstlich erkrankt. Nach dem Gutachten der Ärzte gibt sein Zustand auf Beforgnissen Anlaß.

Am Freitag hat die öffentliche Volksabstimmung in Wetzlar den Grafen v. Helldorf ausgerufen.

Die englische Regierung hat sich dem Protest der amerikanischen Regierung gegen die angeblich fremdenfeindlichen mercantilen Petroleumgesetzgebung angeschlossen.

Das sibirische Kabinett hat Fengyuanjungs Rücktrittserklärung angenommen. Es hat Fengyuanjung zum Spezialkommissar zum Studium ausländischer Industrien ernannt.

Aus Stadt und Umgebung

Starker Rückgang des Hochwassers.

Der am Sonntag einsetzende Frost hat das Hochwasser überraschend schnell beseitigt. Die Saale ist vollflutig. Die Wege und Dämme zu unseren Nachbarräumen konnten am Sonntag wieder begangen werden. Nur in den Talniederungen des Fichtendammes hat sich das Wasser noch gesammelt, das Pflücken der Strahe nach Burglilienau ist daher noch nicht möglich. Auch in der Mue ist das Wasser stark zurückgetreten und Vieien- und Ackergründe sind wieder sichtbar.

Personalnachrichten vom Landesstatistikamt.

Verlegt: Landesstatistikamt hier in Merseburg zum Landesstatistikamt Frankfurt a. D., Landesstatistikamtschef Herrmann in Naumburg a. S., zum Kulturamt Stendal, Bergner in Erfurt zum Landesstatistikamt Merseburg. In den Abteilungen verlegt: Vermessungsamt hier in Merseburg, Erntmann: zum Landesstatistikamt Landesstatistikamt Walthen in Merseburg, zu Vermessungs-Bezirksämtern: die Vermessungs-Sekretäre Cardt, Sander, Buih, Goldmann, Grollan in Merseburg, Erde in Gietzow, Dierckmann in Stendal, Borath und Straßburg in Weinungen, Sandmann, Schönmann und Dietrich in Erfurt, Czirbel Marwosch in Nordhausen, Kämmerer in Magdeburg, Neumann in Halle.

Landesverband der Deutschen Volkspartei. Der Landesverband Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei hat am 6. Landesverbandstag am 13. Februar in Halle ab.

Anleihe für die Elektrizitätswerke der Provinz Sachsen. Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat den Landeshaupmann beauftragt, für die Elektrizitätswerke in der Provinz Sachsen eine gemeinsame Anleihe von drei Millionen Dollar zu beschaffen.

Die letzte Hälfte des Aufsprings auf einen fahrenden Straßenwagen führte gestern Mittag auf dem Gemeindefeldbahn der Ueberanbahn zu einem Unfall, der zum Glück noch glimpflich ausfiel. Ein Mann wollte den bereits in Fahrt befindlichen Zug, der 120 Uhr nach Halle fährt, noch erreichen, kam aber beim Aufspringen zu Fall und stieß seinen das Straßenbahnwagen, wodurch rechtliche Verhältnisse des dem Führer größeres Unbehagen zu verbiten und den Berunglückten aufzunehmen.

Wähe Nadau-Szenen spielten sich in der Nacht zu Sonntag in der Delgrabe ab. Heimtredende junge Leute versuchten in der zweiten Stunde großen Lärm und löbten die Bewohner in ihrer Ruhe. Eingeworfen die nächsten Stunden zur Straßbahnfrage, verhandelt aber schließlich im Punkte, als die Schuldigen ihnen entgegentreten wollten.

Wenn gehört der Hund? Schon über eine Woche treibt sich im herrenloser Hund auf dem Remmatt-Friedhof umher. Er ist mit dem Hochwasser auf der Kirchstraße angekomme worden und so dorthin geraten. Es handelt sich um einen grauen Schäferhund. Das Tier ist sehr schön, besondere Fähigkeiten sind nicht festzustellen. Aus Mitleid wird der Hund zur Ermittlung des Eigentümers unternommen worden. Es wäre zu wünschen, daß das Tier bald aus seiner ibleen Lage befreit wird.

Der befreite Bierwagen. Der am Silvesterabend im Hochwasser auf dem Fahrwege bei Weidau fest gebundene Bierwagen der Freiberg-Bräuer konnte heute Vormittag nach Stundenlanger und angestrengter Arbeit wieder aus dem harten Element gezogen werden.

Wetterausblick. Für das mittlere Norddeutschland: Teils heiter, teils neblig, mäßiger Frost. — Für das übrige Deutschland: Im Osten härterer, im Westen mäßiger Frost. Ueberall trocken, vielstark heiter.

Medienverband Leipzig.

Ein neues Unternehmen der Leipziger. Wie aus Aischersleben gemeldet wird, haben die Leipziger. Die Leipziger Zeitung hat den Rittergut Garsleben gehandelt haben, nunmehr dem Kauf abgeschlossen und dieser Tage das Gut übernommen. Der bisherige Besitzer bleibt vorläufig noch als Pächter. Die vielbesprochene Abicht, das Gut zu Fabrik umzuwandeln, bedarf indes noch der Ausfertigung der entsprechenden Urkunden. Die Errichtung großer Fabrikunternehmen zwischen Garsleben und Nachbarn, der Zeitpunkt der Inangriffnahme der Arbeiten steht aber noch nicht bestimmt fest. Es bleibt vor allem noch die Frage des Gleitenschlusses zu klären. Falls diese Verhandlungen rechtzeitig zum Abschluss kommen, so ist schon im Frühjahr mit dem Beginn der Arbeiten zu rechnen.

Die Abfindungsdebatte im Reichsausschuß.

Eine Erklärung Dr. Everlings.

Am Reichsausschuß des Reichstags wurde vorgeschrieben die Beratung über die Abfindungsfrage. Die Auseinandersetzung mit dem ehemals abfindenden Rüstungsbüro vorliegt.

Zunächst nahm Abg. Dr. Everling das Wort zu folgender Erklärung: „Auf dem Programm der Deutschen Nationalen Volkspartei steht nicht nur das Eintreten für den monarchischen Staatsgedanken, sondern auch das Eintreten für den Reichsgedanken an der ersten Stelle. Da auch nach demokratischer Auflösung der Reichsgebante eine gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger erforderlich und dessen Grundlag im Antrage noch in auf fallender und empörender Weise schon getroffen ist, hat unsere Partei die Aufgabe, für den Reichsgedanken und damit für die hier mit Entschiedenheit bedrohten Staatsbürger einzutreten. Etwas anderes tue ich auch hier nicht. Ein Zinsenrentenlohn ergibt sich für mich durchaus nicht. Die Tendenz der Rede in der Presse ist mir klar. Es handelt sich darum, einen Staatsfall zu schaffen (Anse hint: Den haben wir geschaffen), der gegen meine Partei ausgesprochen werden kann.“

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) nennt die Erklärung des Abg. Everling eine „Unverkennbar“ fondergeheilig. Die thüringische Finanzminister v. Schönbauer sagte dann seinen Bericht fort und behandelte zunächst die Auseinandersetzung mit dem ehemals abfindenden Rüstungsbüro. In der ersten Sitzung der Reichsausschuß am 2. Januar 1924 endgültig erledigt sei.

Sachsen habe kein Interesse an einer erneuten Erörterung dieser Auseinandersetzung und würde Anträge auf Mitwirkung einer rechtsprechenden Begleichung für Sachsen widersprechen.

Hierauf wurde die vorher abgetroffene Geschäftsordnungsdebatte über den Fall Everling wieder aufgenommen. **Abg. Kemnitz (Ztr.)** verteilte den Standpunkt, daß der Ausschuss zu einer Geschäftsordnungsentscheidung des Falles nicht zuständig sei. Die Behandlung der Frage im Reichsausschuß müßte von den Fraktionen außerhalb des Ausschusses angeregt werden. **Abg. Schulle (Zent.)** schloß sich der rechtlichen Auffassung des Vorschlags an. Der Ausschuss verlegte sich dann auf Dienstag.

Dorläufiger Abschluß der Notenfällungsfrage.

Budapest, 11. Jan. Die ungarische Regierung veröffentlicht ein ausführliches amtliches Kommuniqué, in dem sie den vorläufigen Abschluß der Unterredung in der Notenfällungsfrage mitteilt, und in dem eine Darstellung der bisherigen Unterredungsergebnisse gegeben wird. Der Bericht enthält nicht wesentlich Neues und teilt nur zusammenfassend mit, daß bisher 24 Personen in Haft genommen wurden.

Ein alter Merseburger.

Eine schöne Weihnachtsfeier erhielt der ehemalige Merseburger Domvikar Herr Charles Better in Münden durch Vertretung des Professoren Titels.

Charles Better ist geboren am 1. Mai 1858 im Forsthaus Stahlfeld bei Hötze bei Schneidemühl in Polen. Eltern 1874 kam er auf das Weichselburger Domgymnasium nach Danzig zu dem seit 1921 im Zusammenhang mit dem Reichsbildungsamt befindlichen Leopold von Hübs, mit dem er in freier Freundschaft fürs Leben verbunden geblieben ist. Klaffenlehrer der Danzig war damals Dr. Otto Schiede, gel. 23. Febr. 1904. Zeichenlehrer am Domgymnasium war 1880-1885 Wilhelm Wibelmann, ein Mann, von dessen Schülern wegen seiner Güte großer Raummann genannt. Charles Better hatte eine wunderbare Handgäbe, um die wie ihn selber benedicten konnten. Vier liegen um ihn unsere Namen in die Wälder schreiben. Getreulich hat er es und mancher alte Domvikar aus jener Zeit schaut noch heute seinen so schön geschriebenen Namen im Buch.

Zeichenlehrer Raummann erwarnte die Begabung seines Schülers und widmete sich ihm in Liebe, nicht nur im Schulunterricht, sondern auch privatim. Mit hoher Freude sah er den Entfaltungsgang seines Lieblingsjünglers, der gute Früchte erntete. Einmal hat, um Münden, einen hat Charles Better eine Ausbildung vollendet. Dort wohnte er seit langer Zeit Kaufstraße 14. Auf ein erfolgreiches Leben zurückgehend, ist er noch heute in frischer Arbeit zu weiteren Schöpfungen. Mancher alter Merseburger Domvikar hat seinen Schülern in Münden besucht in bezüglichen Wiedersehen.

Alljährlich kommt Charles Better zu längerem Besuch in die alte Heimat. Am benachbarten Schloßpau feiert er zurück zu Schwager, Schwester und Nichten in das angekommene sein, um nach längerem Besuche seines Vaters seine liebe Mutter gemüht hat, bis sie über ein Jahrzehnt alt, heimging. Um seinen Frieden des Familienhauses fühlte er sich wohl. Auch die Kunst betätigt er gern in der alten Heimat, wie seine Bilder, besonders von Merseburger Dom und der Altenburger Kirche St. Marien, zeigen. Eine Schloßpau wohnt bei Charles Better, ein hübsches Gemälde geschaffen, wovon wir eine schöne Photographie im Merseburger Heimatmuseum von ihm besitzet erhalten haben: „Friedrich der Große im Schloßpau am Abend nach der Schlacht bei Hochstädt am 5. November 1757“. In unserer Heimatmuseum befindet sich ein hübsches Gemälde, nach dem ein Bild mit feiner lebensvoller künstlerischer Treue und den wunderbaren Lichtwirkungen. Der Zauber des Bildes läßt uns seinen denkwürdigen Abend König Friedrichs des Großen in Erinnerung treten, als ob wir dabei wären. Er und seinen Gefolge hat er ein hübsches Gemälde von Schloßpau nach Merseburger, um ein hübsches Gemälde, das sich in der Nähe befindet. Ein Besuch von ihm ist eine schöne Erinnerung im Gedächtnis vergangener Zeiten und manche liebe Schichten tauchen auf. Besonders liegt die Erinnerung an die Schloßpau vor Augen und das Bild von Lehrern und Schülern mit so mancher Frage. Wir sehen auch das bis 1883 neben dem Dom stehende alte Domgymnasium wieder, mit seinem nach dem Kreuzgang gelegenen Zeiselsaal, wo der fünftägige Schülerfest sein feierliches Fest der Vorbereitung empfing durch unsere lieben Zeichenlehrer Raummann, den er in dankbarem Gedächtnis behalten hat.

Überall wo ich erhalte, daß unser Charles Better den Professoren-Titel erhalten habe, gab es fröhliche Augen und Herzen und gute Wünsche. Wenn lieber Charles, ich weiß, daß ich im Namen der Merseburger Freunde, „Hinter Schülern der Professor Better soll leben!“ Und auch das unseres Mitbürgerkreises hat mancher Merseburger ob der guten Vorstadt seine Freunde bezeugt und kommt mit mir dem Herrn Professor zu gratulieren: „Gut auf!“
Arthur Schwiebert.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Aus unserer Nachbarkreise Halle.

Professor Stephan nach Leipzig berufen. Der ordentliche Professor der Systematischen Theologie an der Universität Halle D. Herr Stephan hat einen Ruf an die Universität Leipzig als Nachfolger des verstorbenen A. Birkenhahn erhalten.

Stadtvorordnetenjahre in Münden.

Münden, 9. Jan. Die erste Sitzung im neuen Jahre hatte den Hörsaalraum selten fast gefüllt; kaum doch die Neuwahl des Vorstehers der Tagesordnung. Nach einer kurzen Begrüßung des stellvertretenden Vorstehers Bürgermeister Heine einen Absatz über die Tätigkeit des Magistrats und der Stadtvorordneten in den letzten sechs Jahren unter seiner Leitung. Er verband es hierbei trefflich, seine Vision in den Vordergrund zu stellen. Nach ihm sprach Stadtvorordneter Herrmann, der er zu der Ansicht, daß man eine Kritik der eigenen Arbeit einer spä-

Der Streit um das Kreischaus-Projekt.

Der Magistrat wehrt sich gegen die Vormüße des Landrates.

In der heutigen Sitzung der Stadtvorordneten werden nach Mitteilung des Magistrats außer den von uns bereits veröffentlichten Punkten der Tagesordnung auch die Verhandlungen zwischen Stadt- und Landkreis Merseburg über die Landesanstalt Schloßpau-Kanal, Kreischausausbau und Bebauungsplan für das sogenannte Wölflische Grundstück und das alte Kreischaus zur Sprache kommen und dabei die in der letzten Kreisversammlung entstandenen Differenzen zwischen Magistrat und Landrat erörtert werden. Wie aus einer eingehenden Darstellung des Magistrats, die sämtlichen Stadtvorordneten zuzugewandt zu werden ist, der Vormüße Landrats Gäste, die Stadt habe frühere Abmachungen nicht innegehalten, keineswegs zutreffend. In seiner Zufuhr führt der Magistrat eingehend den Beweis, daß über den Ausbau des Kreischaus zwischen der Stadt und dem Kreischaus ein Einverständnis im Jahre 1911 erzielt worden sei, worüber Herrmann, der er zu der Ansicht, daß man eine Kritik der eigenen Arbeit einer spä-

eingetragen sind, eine Bebauung des Wölflischen Grundstückes in der Form der vom Landrat vorgelegenen Projekte gänzlich möglich ist.

Die Zufuhr des Magistrats lehnt den Vorwurf ab, wörtlich geworden zu sein und führt aus den genannten Gründen, deren Stichhaltigkeit an Hand des Aktenmaterials kaum außer Zweifel stehen dürfte, den Nachweis, daß dieser Vorwurf auf den Urheber zurückfällt.

Es habe nicht an der Wölflischen Grundstücke gelegen, sich irgendeinzelne Maßnahmsbereiche über den Kreis anzunehmen oder in seine Entscheidung einzugreifen. Die Wölflische Grundstücke wäre lediglich, die ihm obliegenden Pflichten auf rückbauähnliche Gebiete und dem Gebiete der Banberaubung wahrzunehmen und dem Kreis in freundschaftlicher Art und Weise die bei der Stadt vorhandene Karte der Banberaubung zugänglich zu machen. Er sei noch jetzt stets zu Verhandlungen und Entgegenkommen gegenüber den Wünschen des Kreises bereit, natürlich nur in den Grenzen, die ihm durch Wahrung der Interessen der Stadt gezogen seien. Es sei hervorzuheben, daß die Stadt niemals eine Genehmigung einen Bebauungsplan unter Zustimmung der Kreispläne betrieben, habe, sondern daß nur derjenige Bebauungsplan ausgelegt worden sei, den der Kreisamtsrat am 3. Februar 1925 genehmigt hat und der, wie die Pläne für das Kreischaus auf dem Wölflischen Grundstück vom Juni 1925 beweisen, ein Bebauungsplan sei, so zu ändern wäre, und auch damals genehmigt wäre, daß der Kreis das Kreischaus auf dem Wölflischen Grundstück in einer weit günstigeren Ausnutzung des Geländes hätte erbauen können, als nach jenem dem Landesvorstand mitgeteilten Pläne jemals möglich gewesen wäre.

Der Magistrat hält diese Darlegungen aus dem Grunde für notwendig, weil er sich gegebenenfalls, falls es doch nicht gelingen sollte, in gültiger Weise zu einer Einigung zu kommen, gezwungen sehen würde, sein Recht mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Geltung zu bringen.

Letzte Depeschen

Eigene Radiomeldungen.

Die Regierungsbildung in der Schweiz.

Berlin, 11. Jan. Die Regierungsbildung ist immer noch in der Schweiz. Heute nachmittags 5 Uhr wird der Reichspräsident vom Zentrum dem Abg. Fehrenbach und für die Demokraten Dr. Koch empfangen. Zweck dieses Empfanges ist, die Frage der großen Koalition eingehend zu klären, wie langweilig verlaufen konnte. Fehrenbach werden erst morgen nachmittags vor der Plenarsitzung hierzu Stellung nehmen.

Die Luftfahrtverhandlungen in Paris.

Berlin, 11. Jan. Ueber die Luftfahrtverhandlungen in Paris erfährt die „T.-M.“ von unterrichteter Seite: Es ist zu unterzügen zwischen den Luftverkehrsverhandlungen, die mit Frankreich geführt werden und den allgemeinen Luftfahrtsverhandlungen, die mit der Luftfahrtskonferenz geführt werden. Jede Verhandlung laufen nebeneinander. Die allgemeinen Luftfahrtverhandlungen drängen sich folgende drei Punkte: Aufhebung der Baubeschränkungen und Befreiung der Luftfahrtsunternehmen aus dem Schutzbereich des Patents, Aufhebung des Beschlusses der Anlage von Flughäfen in der neutralen Zone, das mit der Aufhebung von „Mobilitätsverordnungen“ aus dem Verfall der Vertrag begründet wird und mit der Heberung der Luftfahrtsunternehmen ermöglicht. In die Verhandlungen münden im weiteren Verlauf auch a. B. die Forderung der Luftfahrtsunternehmen, die Luftfahrtsunternehmen in der neutralen Zone, das mit der Aufhebung von „Mobilitätsverordnungen“ aus dem Verfall der Vertrag begründet wird und mit der Heberung der Luftfahrtsunternehmen ermöglicht. In die Verhandlungen münden im weiteren Verlauf auch a. B. die Forderung der Luftfahrtsunternehmen, die Luftfahrtsunternehmen in der neutralen Zone, das mit der Aufhebung von „Mobilitätsverordnungen“ aus dem Verfall der Vertrag begründet wird und mit der Heberung der Luftfahrtsunternehmen ermöglicht.

Die Antwort auf den deutschen Zollprotest.

London, 11. Jan. Wie die „Morning Post“ an leitender Stelle betont, sei der deutsche Protest wegen der Zoll-erhebung besonders auf Messerwaren nicht unerwartet gekommen, aber die deutsche Frage bedeute letzten Endes, daß keine englische Industrie geschädigt werden dürfe, solange dieser Schutz eine deutsche Industrie schädige. Deutschland aber habe ein ausgedehntes Zollsystem als England. — Die englische Antwort auf den deutschen Protest ist im wesentlichen abgelehnt. Ueber ihren Inhalt berichtet, daß englische Zollgesetz beziehe sich nicht auf transatlantische Waren oder Waren, deren Befreiung durch schon vorher abgeschlossene Verträge festgelegt sei. Die auf solche Zölle erbobenen Zölle könnten nach englischem Gesetz zurückgefordert werden.

Eine Rede-Rundreise Baldwins.

London, 11. Jan. Wie die Wälder berichten, wird die nächste Kabinetsitzung erst in einigen Wochen stattfinden. Inzwischen wird der Ministerpräsident, abgesehen von der Abordnung der laufenden Angelegenheiten vor dem Eintritt des Parlaments eine Reihe großer politischer Reden halten. Zuerst wird er Ende dieser Woche in Birmingham anreden.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 11. Januar

Eigener Drahtbericht.

Auftrieb: 605 Rinder (117 Ochsen, 204 Kühe, 94 Kalben, 190 Röhre, 283 Käber, 783 Schafe, 1449 Schweine, zusammen: 8120. Preise: Ochsen: a) 49-53; b) 40 bis 48; c) 30-39; d) Kühe: a) 49-53; b) 47-51; c) 34-46; d) 26-33; e) 20-25; Käber: a) 40-43; b) 38-49; c) 35-46; d) 28-34; e) 20-25; Schafe: a) 50-55; b) 40-49; c) 25-39; Schweine: a) 84-85; b) 86-87; c) 80-83; d) 75-79; e) 73-79. Gefächtsgang: Rinder und Schafe langsam, Kühe und Schweine mittel. Verkauf: 54 Rinder (113 Ochsen, 10 Kühe, 20 Kalbe, 11 Kalben, 27 Schafe.

Aus dem Reich.

Aus der Reichshauptstadt.

Eine Falschmünzverhandlung verhaftet. Eine vierköpfige Falschmünzverhandlung, die sich mit der Herstellung von falschen englischen fünfshillingnoten befaßte und diese auch vertrieb, konnte nach langwierigen Ermittlungen von den Beamten der Falschmünzverhandlung der Reichsbank festgenommen werden. Die Falschmünzverhandlung werden bis das Jahr 1924 zurück. Die vier Falschmünzverhandlung haben nach anfänglichem Zögern ein Geständnis abgelegt.

Fast Scheunen gleichzeitig abgebrannt.

Ein Todesopfer.

Brand, 11. Jan. In der merseburgerischen Kleinstadt Brackbrach Großfeuer aus. Zu gleicher Zeit gerieten acht Scheunen in Brand und waren in kurzer Zeit mit den darin befindlichen großen Getreidevorräten und Maschinen eingeäschert. Die Scheunen hatten einen Wert von etwa 200 000 Mark. Die Scheunen wurden durch einen Brand des Gebälles verbrannt und verbrannt nach kurzer Zeit.

Aus aller Welt.

Neuer Dammbau in Holland.

Amsterdam, 11. Jan. Während das Wasser im Süden des Landes immer heimatlicher Gebieten zwischen Meer und Kanal weiter fällt, kommt aus dem Norden die Kunde von neuem Unglück. Der IJsselbeek ist bei dem Dorfe Galt in der Provinz Overijssel durchgebrochen. Das Wasser hatte nach kurzer Zeit viele Häuser überflutet. Zweitausend Hühner sind getötet worden. Die Dämme sind durch den Sturm enttäuscht, um ihr Leben und Gut in Sicherheit zu bringen. Das ganze Dorf Galt steht unter Wasser. Der Damm ist mit allem möglichen Hausrat und Vieh bedeckt. In die Lage in den überfluteten Gebieten, durchwegs sehr tiegen Gebieten außerordentlich ernst. Dort freigegeben das Wasser immer weiter. Immer wieder müssen ganze Dörfer geräumt werden. Viele Häuser sind eingestürzt. Viel Vieh ist in dem Wasser ertrunken. Das Stroh ist und die mit dem Wasser überflutet, voll zu tun, um die Flüchtlinge und die in den überfluteten Gebieten noch hausenden Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen.

Starkes Erdbeben in Italien.

Rom, 11. Jan. Wie aus Siena gemeldet wird, wurde am Freitag vormittag 10.15 Uhr ein starkes Erdbeben beobachtet, das besonders die Gegend des Monte Amiata und vor allem den Flecken Abbazia San Salvatore mit einer außerordentlich starken Erschütterung heimsuchte. In San Salvatore wurden etwa 100 Häuser beschädigt und drei Personen verletzt. Die Bevölkerung hat ihre Wohnungen verlassen und wird auch die Nacht im Freien zubringen. Die Erdbeben haben sich in Laufe des Tages wiederholt, sind aber weniger stark.

Eingelandt

Einen tröstlichen Anblick macht die Bedürfnisanstalt des Gemeindefachschöpfers. Man spricht beim Eintritt förmlich von dem Schmutz, der darin herrscht. Papier, Brot und liegt in einer Ecke in großen Mengen durcheinander. Man sollte sich von einem anständigen Menschen denken, daß es ihm kein ständiges Gemütsleid verbietet, solchen ekelhaften Schmutz in einer öffentlichen Anstalt zu verursachen. Aber leider gibt es noch immer Leute, die auf ihre Willkür ihre Mühsal nehmen. Solche Leute sollten, wenn sie bei solchen Taten verurteilt werden, zur Weisung gehen, die die beste Strafe wäre es für sie, wenn sie ihren Schmutz selbst weg machen müßten. Hoffentlich wird dieser Lebenslauf, der wahrlich der Stadt Merseburg nicht zur Ehre gereicht und bei allen Fremden einen fürchterlichen Eindruck von unserer Vaterstadt hinterläßt, von den maßgebenden Stellen bald beseitigt.

Herausgeber: Rudolph Baly.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil einfluss der Mitteilungen: Carl Bensch, Sperr- und Anzeigen-Verwaltung: Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt A. Baly, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

